

Venezuela – Riskiert Trump ein neues Vietnam und Afghanistan?

20 Nov. 2025 07:57 Uhr

Steuert US-Präsident Donald Trump mit seiner krankhaften Aggressivität gegen Venezuela die USA in einen neuen militärischen Sumpf und politischen Morast? Und das trotz der schlimmen Erfahrungen in Vietnam und Afghanistan, die jeweils in einer erbärmlichen Niederlage des arroganten Hegemonen USA endeten?



© Urheberrechtlich geschützt

Nicolas Maduro (m.) bei einer Demonstration für die Regierung, 13.11.2025

Von Rainer Rupp

Die Karibik, dieser Sehnsuchtsort vieler Urlauber aus dem kalten Norden, verwandelt sich unter der Trump-Administration zunehmend in ein Pulverfass geopolitischer Spannungen. Während die USS Gerald R. Ford, der größte und modernste Flugzeugträger der US-Marine, zusammen mit Begleitschiffen in den Gewässern vor Trinidad und Tobago kreuzt, laufen vom 16. bis 21. November gemeinsame Militärmanöver mit der Inselrepublik. In einer Neuauflage der kolonialen MUS-Monroe-Doktrin twitterte US-Kriegsminister Pete Hegseth am 13. November: "Die gesamte westliche Hemisphäre ist Amerikas Nachbarschaft – und wir werden sie schützen." Notfalls werden wir ihnen auch den Schutz aufzwingen, hätte er korrekterweise hinzufügen müssen.

Der offizielle Vorwand für den Mafiaboss Trump, der auch Venezuela sein Schutzgeldsystem aufzwingen will, ist die angebliche Bekämpfung des Drogenhandels aus Venezuela. Doch hinter dieser Rhetorik steckt kaum verborgen sein Plan für einen Regimewechsel gegen Präsident Nicolás Maduro. Den hat

Trumps Erfüllungsgehilfe, Außenminister Marco Rubio, lautstark unterstützt und er wurde auch von den Raubrittern Hardlinern im US-Kongress jüngst in aller Öffentlichkeit gefordert.

Diese Eskalation wirft eine brennende Frage auf: Riskiert Donald Trump einen neuen militärischen Sumpf für die US-Streitkräfte, vergleichbar mit den Katastrophen in Vietnam und Afghanistan? Die Parallelen sind erschreckend. Wie in den 1960er-Jahren, als die USA in Vietnam intervenierten, um den "Kommunismus" einzudämmen, dient hier der Drogenkrieg als fadenscheiniger Deckmantel für hegemoniale Ambitionen.

Ähnlich wie in Afghanistan, wo der "Krieg gegen den Terror" nach 9/11 in einen endlosen Konflikt mündete, droht in Venezuela eine Eskalation, die die USA in eine Region zieht, die sie bereits in der Vergangenheit – unter "besseren" Bedingungen – nie wirklich kontrollieren konnten. Aber vielleicht denkt der größte US-Feldherr aller Zeiten, dass er es besser kann als seine Vorgänger, wenn er nur brutal genug gegen die lokale Bevölkerung vorgeht, wie es ihm seine israelischen Busenfreunde mit dem Genozid in Gaza vorgemacht haben.

Die US-Geschichte lehrt: Der Ablauf ist immer derselbe: Zuerst Luftschläge und Spezialeinheiten, was nicht genügen wird, dann reguläre Bodentruppen, Guerillakrieg, bei dem US-Soldaten sterben, und dann beginnen die Massaker an der lokalen Bevölkerung.

Betrachten wir die Faktenlage. Seit Trumps Amtseinführung im Januar 2025 hat die US-Regierung die Sanktionen gegen Venezuela verschärft, aggressive CIA-Aktivitäten im Land autorisiert und eine massive militärische Drohkulisse in der Karibik aufgebaut. Berichte aus Puerto Rico sprechen von einer bisher nicht da gewesenen US-Militärpräsenz mit Zerstörern, U-Booten und Aufklärungsflugzeugen, die auf mögliche Angriffsoperationen hindeuten. In einem *CNN*-Interview vom 16. November warnte Militärexperte Cedric Leighton: "Wenn die USA Landziele in Venezuela angreifen würden, könnte das zu einem Szenario führen, das die US-Angriffe gegen den Irak und Libyen in den Schatten stellen würde, und zugleich wäre mit unvorhersehbarem Widerstand von Maduro-treuen Milizen und russischen Söldnern zu rechnen!"

Trump selbst schloss in einer Pressekonferenz am 17. November militärische Optionen nicht aus: "Ich schließe nichts aus", sagte er lakonisch, während er Gespräche mit Maduro andeutete – ein diplomatisches Ablenkungsmanöver, das an Nixons Vietnam-Strategie erinnert.

Die Kritik an diesem Kurs ist laut und kommt aus allen Lagern. Die Veteran Intelligence Professionals for Sanity (VIPS), eine Gruppe ehemaliger CIA- und NSA-Mitarbeiter, veröffentlichte am 5. November eine scharfe Mahnung:

"Ein unprovoked Krieg gegen eine lateinamerikanische Regierung birgt die Gefahr einer Eskalation, die Russland hineinzieht – und bietet keine Aussicht auf eine legitime Nachfolgeregierung."

Sie verweisen auf vergangene Fehlschläge wie die irakischen Massenvernichtungswaffen-Lügen, die zu einem Debakel führten, das die USA Milliarden kostete und Tausende (amerikanischer und Millionen irakischer) Leben forderte. Ähnlich äußerte sich Senator Bernie Sanders, der in einem Statement vom 17. Oktober eine Resolution ankündigte, um militärische Aktionen ohne Kongress-Zustimmung zu blockieren: "Venezuela ist kein zweites Afghanistan. Ein Regimewechsel würde nur Chaos stiften und unsere Alliierten in der Region isolieren." Auch republikanische Stimmen wie Senator Rand Paul warnen vor einem "ewigen Krieg", der die US-Wirtschaft belasten und die Unterstützung für Trump untergraben könnte.

Historisch gesehen ist der Vergleich mit Vietnam und Afghanistan nicht nur rhetorisch. In Vietnam begann die US-Beteiligung im Jahr 1965 mit Beratern und Luftangriffen, eskalierte aber zu 500.000 Bodentruppen und einem Guerillakrieg in unwegsamem Gelände – ein Sumpf, aus dem die USA 1975 gedemütigt flohen. Die Kosten: über 58.000 tote US-Soldaten, drei Millionen vietnamesische Opfer und eine Schuldenlast, die die heimische US-Gesellschaft spaltete.

Afghanistan, der "Graveyard of Empires" ("Friedhof der Imperien"), dauerte von 2001 bis 2021: 20 Jahre, 2.400 tote Soldaten, 170.000 Milliarden Dollar und ein Taliban-Sieg, der die Glaubwürdigkeit der USA weltweit zerstörte. Venezuela, mit 32 Millionen Einwohnern, einer hochgerüsteten Armee (unterstützt von Russland und Iran) und dichten Dschungelgebieten, birgt ähnliche Fallen. Ein US-Eingriff könnte zu einem asymmetrischen Krieg führen, bei dem Drohnen und Spezialeinheiten allein nicht ausreichen.

Experten teilen diese Bedenken. In einem *New-York-Times*-Artikel vom 17. November betonte eine Quelle aus dem Pentagon: "Venezuela ist komplexer als Libyen – mit russischen S-400-Systemen und chinesischen Investitionen in die Öl-Industrie, die ein militärisches Eingreifen erschweren." *Axios* berichtete am selben Tag von möglicherweise "tödlichen Schlägen vor Venezuelas Küste" und einer Feuerkraft, die auf eine Invasion hindeutet, warnte aber vor Eskalationen mit Moskau. *CBS News* zeigte Bilder von US-Truppen in Puerto Rico, wo die Spannungen mit Venezuela "hochkochen". Sogar aus China kam eine harte Warnung: Nach vier Tagen des Schweigens erklärte Peking am 18. November, ein US-Angriff würde "globale Konsequenzen" haben und die Belt-and-Road-Initiative (BRI) bedrohen.

Die regionale Empörung ist ebenso spürbar. Am 25. Oktober appellierten zehn ehemalige Staatschefs karibischer Nationen – darunter aus Antigua und Barbuda, Barbados, Guyana und Jamaika – in einer Erklärung "Unser karibischer Raum: Eine Zone des Friedens" an Trump, den militärischen Aufmarsch zu stoppen. Sie fordern eine Kooperation gegen Kriminalität im Rahmen der CARICOM, "im Einklang mit Souveränität und Völkerrecht". Diese Stimmen aus der Region, die unter US-Interventionen wie der Invasion in Grenada im Jahr 1983 litt, mahnen: Ein Krieg würde Migration und Drogenflüsse nur anheizen, nicht eindämmen.

Trumps Venezuela-Politik wird in weiten Teilen des Globalen Südens als ein gefährlicher Fehltritt gesehen. Die USA haben aus Vietnam und Afghanistan offensichtlich auch nicht gelernt, dass militärische Überlegenheit allein weder den Sieg garantiert noch Stabilität schafft. Ein US-Eingreifen in Venezuela würde höchstens ein politisches Vakuum erzeugen, das womöglich von unkontrollierbaren, US-feindlichen Extremisten gefüllt würde. Ein Regimewechsel in Caracas würde nicht zu Demokratie führen, sondern zu Fragmentierung, wie in Libyen nach Gaddafi. Stattdessen würde er Russland und China provozieren, die bereits Milliarden in venezolanische Ölreserven investiert haben.

Zudem würde Trump, der sich als Isolationist geriert, eine globale Auseinandersetzung riskieren, die seine "America First"- und MAGA-Agenda untergräbt. Besser wäre es, auf Diplomatie zu setzen: Verhandlungen über Sanktionserleichterungen im Tausch gegen Wahlen und Anti-Drogen-Maßnahmen. Die Völkerrechtsverletzungen – von Drohnenangriffen bis zur CIA-Infiltration – schaden nur Amerikas ohnehin bereits angeschlagener Soft Power.

Die Parallelen zu den vergangenen militärischen Katastrophen, die im Morast endeten, sind nicht abstrakt. In Vietnam führte die "Domino-Theorie" zu einer Kette von Fehlentscheidungen; in Afghanistan die Illusion des sogenannten "Nation-Building" zu tief verwurzelter Korruption in US-Militär und Politik. Venezuela könnte der nächste Akt im Reigen grandioser US-Fehleinschätzungen sein: Obwohl das Land durch einschneidende US-Sanktionen seit dem Jahr 2017 zerrüttet und die Wirtschaft um 80 Prozent

geschrumpft ist, ist es Washington nicht gelungen, Maduro zu stürzen. Stattdessen hat er Allianzen mit den BRICS-Staaten geschmiedet, die ihn und den Globalen Süden stärken. Ein US-Angriff würde nicht nur 300.000 US-Soldaten binden (eine Schätzung des Council on Foreign Relations), sondern auch die Karibik destabilisieren – mit Flüchtlingswellen nach Florida und Konflikten mit Alliierten wie Trinidad.

Kritiker wie die Geheimdienstveteranen von VIPS erinnern zu Recht an intellektuelle Fehlschläge: Falsche Geheimdienstberichte über Massenvernichtungswaffen führten zur Invasion im Irak im Jahr 2003, obwohl dort keine dieser Waffen existierte. Heute warnen Quellen im Weißen Haus vor ähnlichen Übertreibungen bezüglich Maduros angeblichen "Drogenkartells". In einem Apple-News-Beitrag vom 6. November hieß es sogar: "Intervention könnte zu einem Debakel wie in Afghanistan führen – nur größer und komplexer." Senatoren aus beiden Parteien im US-Kongress planen Blockaden, um durchzusetzen, dass der Kongress in die Entscheidung über einen Krieg gegen Venezuela eingebunden wird; ein Zeichen, dass selbst im Washingtoner Establishment die Skepsis wächst.

Eine realistische alternative amerikanische Politik für die Karibik

Statt Bomben und Sanktionen braucht die Karibik eine Politik der Kooperation, die auf wirtschaftlicher Entwicklung basiert. Die USA sollten ihre Ablehnung der chinesischen Belt-and-Road-Initiative (BRI) und der BRICS überdenken. Diese Initiativen bieten dem Globalen Süden Infrastruktur – Häfen, Straßen, Energieprojekte –, was die Wall Street und der IWF versäumen. In Venezuela könnte eine Partnerschaft mit China den Öltransport modernisieren und Einnahmen für Sozialprogramme generieren, was Drogen als Einkommensquelle entmachtet.

Eine smarte US-Strategie wäre zum Beispiel eine "Multilaterale Anti-Drogen-Allianz" via OAS und CARICOM, mit Fokus auf Entwicklungshilfe. Investitionen in Bildung und Landwirtschaft in Guyana oder Jamaika könnten Migration stoppen. Trump könnte hier punkten, indem er BRI-Projekte in der Region durch Beteiligung von US-Firmen ergänzt, also eine Win-win-Situation schafft. Dies würde Frieden sichern und Wohlstand für alle bringen. Oder sind die USA unfähig, als gleichberechtigter Partner statt als Hegemon zu fungieren? Eine solche Wende würde Trumps Vermächtnis stärken – von Konflikt zu Prosperität. Die Karibik verdient mehr als Drohungen; sie braucht Brücken.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln